

Herrings-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 49

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1, Fernruf: Nordsee 2144.

Hamburg, den 4. Dezember 1920

Anzeigen kosten die schwebepaltene Non-
parillseite oder deren Raum 1,50 Mk.
(Der Beitrag ist stets vorher einzulösen.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Die Besteuerung des Grundeigentums nach dem Wert.

Es ist eine Einsichtswahrheit, daß Deutschland nach dem verlorenen Kriege ungeheure Aufwendungen finanzieller Art zu machen hat, die natürlich ungeheure Kosten verursachen. Das Reich, die Einzelstaaten, die Gemeinden sind überschuldet und wissen nicht, woher sie das Geld nehmen sollen, um die notwendigsten Ausgaben zu decken. Von einer Schuldenklugung kann keine Rede sein, und die wichtigsten Forderungen kultureller und sozialer Art — wir erinnern nur an die Bildung- und Wohnungsfrage — müssen wegen Mangels an Geld zurückstehen. Unsere Finanznot schreit geradezu zum Himmel, sie läßt unsen Willen zum Wiederaufbau, und wenn auch die Notenpresse Tag und Nacht arbeitet, so kann doch die papierne Hochflut unser ledes Schiff nicht wieder flott machen. Im Gegenteil, sie wird unser Volk schließlich gang auf den Sand setzen. Da gilt es denn, nach Mitteln und Wegen zu spähen, um aus der wahnstinnig machenden Finanznot herauszukommen.

Der einzige Weg für einen Menschen, eine Gruppe, ein Volk, die größere Ausgaben zu machen haben, besteht darin, für größere Einnahmen zu sorgen. So müssen denn auch Staaten und Gemeinden Umschau halten nach größeren Einnahmen. Die Finanzminister raufen sich in Verzweiflung die Haare, um irgend etwas zu finden, was sie versteuern könnten. Sie haben auch bereits allerlei Steuerquellen entdeckt, es gibt bereits Umsatzsteuer und Verkehrssteuer, Luftverkehrssteuer und Verbrauchssteuer und noch viele andere Steuern, aber alle diese Steuern schädigen das wirtschaftliche Leben, und die sie zahlen sollen, sind eifrig bemüht, sie auf andere, vornehmlich auf die Verbraucher, abzumwälzen. Das war schon immer so, und deshalb hat sich die Sozialdemokratie von jeher gegen Bülle und indirekte Steuern erklärt, und neben der Erbschaftsteuer eine stufenweis steigende Einkommens- und Vermögenssteuer als einzige Form der Besteuerung gefordert.

Weiter birgt diese Steuer, die an und für sich der Sozialgerechtigkeit entspricht, unter den heutigen veränderten Verhältnissen große Gefahren in sich. Clara Zetkin hat in ihrer Reichstagsrede mit Recht darauf hingewiesen, daß die im Erfurter Programm geforderte Einkommensteuer praktisch unhaltbar sei. Sie fragte, was diese Steuer heutzutage bedeute, und antwortete darauf: „Nach unten bedeutet sie die Beschlagnahme des Lohnes und Gehalts, die Beschränkung der Lebensnotwendigkeiten, geradezu einen Mundraub. Nach oben hin bedeutet sie die Beschlagnahme des Betriebskapitals, und nichts anderes!“ Und in der Tat müßte ein allzu starkes Angehen der Einkommensteuer die Massen der Arbeitnehmer verelenden und die Arbeitgeber auf die Dauer unfähig machen, ihre Betriebe im bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten. Der Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschaftslebens wäre die unausbleibliche Folge davon. Also was sollen wir tun, um aus der immer größer werdenden Finanznot herauszukommen?

Glücklicherweise gibt es neben der Arbeit, aus deren Erträgen bisher die Steuern im wesentlichen herausgeholt worden sind, noch etwas anderes, das besteuert werden kann. Das ist das Grundeigentum, das einen hohen Wert in sich birgt und das auch ohne Hinzutun von Arbeit dem Besitzer einen Ertrag, die sogenannte Grundrente, abwirft. Ein Stück Land, sei es bebaut oder unbebaut, hat einen inneren Wert, der allen Wechselfällen des wirtschaftlichen Lebens zum Trost bleibt, und sogar wächst, auch ohne daß der Eigentümer darauf Arbeit verwendet. Ein Grundstück in einer Stadt oder am Rande einer Stadt, die im Wachsen begriffen ist, nimmt ohne Zutun des Besitzers fortwährend an Wert zu und wirft ihm ungeheure Gewinne in den Schoß. Da hat denn doch die Gesamtheit, die diesen neuen Wert schafft, zweifellos einen rechtlichen Anspruch auf diesen Wert, und darum ist es nicht

mehr als Recht, daß dieser Wertzuwachs auf dem Wege der Besteuerung der Allgemeinheit zufällt. Die Wertzuwachssteuer, die dies bezweckt, ist deshalb eine durchaus berechnete Forderung, und es kann nicht unbillig gehalten werden, wenn die Grundstücksbesitzer gezwungen werden, ihren durchaus unbewerteten Vermögenszuwachs ganz oder größtenteils an die Allgemeinheit abzugeben. Das bezieht sich natürlich nicht auf Verbesserungen des Grundstücks, für die Aufwendungen gemacht worden sind, sondern lediglich auf den Wertzuwachs ohne Arbeit. Leider müssen wir in dieser Beziehung von einer geradezu sträflichen Vernachlässigung reden; aber es ist noch nicht zu spät; denn gerade in der heutigen elenden Zeit ist der Wert des Grundeigentums noch immer im Steigen begriffen. Sicherlich würde die allgemein und scharf durchgeführte Wertzuwachssteuer hohe Einnahmen bringen.

Aber auch der Wert des Grundeigentums an sich, der in der Grundrente guttag tritt, muß weit mehr als bisher besteuert werden. Bisher wurden die Grundbesitzer nach dem Ertrag ihres Besitzes zur Steuer herangezogen, was ihnen die Möglichkeit gab, diesen Ertrag sehr niedrig einzusetzen, ja durch Aufzählung von allerlei Spesen, Unkosten und sonstigen Aufwendungen vollständig verschwinden zu lassen. Was es doch bekanntlich Großgrundbesitzer, die aus ihrem Besitz so wenig herauswirtschafteten, wie sie behaupteten, daß sie weniger Steuern zahlten als ein Dorflehrer oder ein Landbriefträger, deren Einkommen offen guttag lag. Das war natürlich nur möglich, weil das Grundeigentum die Herrschaft im Staat und in der Gemeinde hatte und sich rückständig auf Kosten der Arbeit vom Steuerzahler befreite. Eine Beseitigung dieses himmelschreienden Unrechts ist dringend notwendig; die Besteuerung des Grund und Bodens nach dem sogenannten gemeinen Wert, also die Sozialisierung der Grundrente, muß deshalb unter allen Umständen durchgeführt werden. Nicht mehr nach dem Ertrage soll ein Grundstück besteuert werden; denn dann würde der Lächliche, der aus seinem Stück Land hohe Erträge herauswirtschaftet, dafür bestraft werden, während der Antlächliche, der sein Grundstück schlecht bewirtschaftet oder der es zu Spekulationszwecken unbenutzt liegen läßt, noch obendrein durch eine niedrige Besteuerung belohnt werden; der innere Wert des Grundstücks soll den Maßstab für die Höhe der Steuer bilden, die natürlich progressiv abgestuft werden muß.

Um diesen Wert zu ermitteln, soll die Selbstschätzung eingeführt werden. Jeder Eigentümer soll selbst angeben, was ihm sein Grundstück wert ist. Das würde allerdings einer zu niedrigen Schätzung und Besteuerung Tür und Tor öffnen; darum wird von dem Bund deutscher Bodenreformer, die diesen Gedanken seit langem vertreten, folgender Vorschlag gemacht. Erscheint dem Staate oder der Gemeinde die Schätzung zu niedrig, so haben sie das Recht, dem Eigentümer zu sagen: „Wir übernehmen dein Grundstück zu dem von dir angegebenen Preise in unsern Besitz und verwenden es zum Wohle der Gesamtheit. Du hast selbst erklärt, daß es dir nicht mehr wert sei, und darum darfst du dich nicht beklagen, wenn wir es dir zum wahren Werte abnehmen.“ Gerade in heutiger Zeit, in der der Gedanke der Sozialisierung in der Luft liegt, erscheint die Durchführung der Selbstschätzung und der Möglichkeit einer Enteignung als ein geeignetes Mittel, um die Grundbesitzer zu ehelichen Steuerzahlern zu erziehen und dadurch den Staaten und Gemeinden reiche Einnahmequellen zu erschließen. Die Wertzuwachssteuer und die Besteuerung des Grundeigentums nach dem gemeinen Wert haben auch noch die gute Eigenschaft an sich, daß sie nicht auf fremde Schultern abgewälzt werden können, wie dies bei fast allen andern Steuern der Fall ist. Es liegt deshalb auch im Interesse der Gewerkschaften, für diese Steuern nach Kräften einzutreten.

Ueber die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder in den Monaten Januar bis einschließlich Oktober dieses Jahres weist unsere Verbandsstatistik folgendes Ergebnis auf:

Monat	Anzahl der Mitglieder im d. Berichtenden Monat	Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats		Von 100 Mitgliedern waren Arbeitslos am Schluß der letzten Monatswoche				
		1920	1920	1917	1918	1919	1920	
Januar	146	46197	4811	7197	8,66	1,47	28,18	16,46
Februar	144	46261	5556	5680	1,26	1,17	21,84	19,28
März	139	46060	8269	8158	0,79	0,92	10,72	6,84
April	124	47058	2978	4984	0,74	0,87	8,70	10,48
Mai	170	52018	2282	2550	0,44	0,89	6,10	5,90
Juni	171	53038	2194	2979	0,20	0,27	6,40	5,61
Juli	168	58190	2718	3758	0,29	0,29	6,98	7,06
August	178	51692	2148	3890	0,21	0,28	4,96	7,64
September	162	52157	1528	3085	0,15	0,28	3,44	5,88
Oktober	165	52199	2404	2914	0,47	0,54	5,18	5,58
November	—	—	4511	—	0,66	5,28	9,81	—
Dezember	—	—	5824	—	1,88	16,18	11,22	—

Durch die neue Ausgestaltung des Reichs-Arbeitsblattes seit Oktober dieses Jahres ist eine Berichterstattung unserer Mitglieder über die Beschäftigung im Baugewerbe, wie sie bisher seit Jahren allmonatlich erfolgt war, nicht mehr möglich, da die detaillierten Angaben über die einzelnen Berufsstellen fehlen.

Eine Konferenz der sozialisierten Baubetriebe

Am 20. und 21. November in Karlsruhe. Der Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes, Rortzer, eröffnete die Konferenz, indem er deren Einberufung begründete durch die Notwendigkeit, die im Bezirk bestehenden sozialisierten Baubetriebe im Interesse eines einheitlichen Aufbaues und einer gesunden Finanzierung bezirksweise zusammenzuschließen. Zu Versammlungsleitern wurden die Kollegen Fischer, Karlsruhe, und Fuß, Stuttgart, gewählt. Aus dem Bericht des Genossen Rortzer über „Gründung, Aufbau und Stand der Bauarbeitergenossenschaften“ haben wir hervorzuheben: Die heutige Tätigkeit der Bauarbeiter-Produktionsgenossenschaften hängt, wie das ganze Baugewerbe überhaupt, im wesentlichen von der allgemeinen Wirtschaftslage ab. Während des Krieges waren es die Militärbehörden, die die Bautätigkeit lahmlegten, und dadurch trat dann der Wohnungsmangel ein. Man hätte glauben sollen, daß angesichts dieser Tatsachen eine Hochkonjunktur für das Baugewerbe einsehen würde. Die Leuerung und der Umstand, daß die Baumaterialienproduzenten vielfach unter die Wucherer und Schieber gingen, haben das aber verunmöglicht. Es folgte dann der Schrei nach der Hilfe von oben. Die sozialistisch denkende Arbeiterchaft verlangte die Sozialisierung des Baugewerbes, und es war insbesondere der Deutsche Bauarbeiterverband, der auf seinem Weimarer Verbandstag sich mit dieser Frage eingehend beschäftigte. Nur in ganz geringem Umfange konnte die Bautätigkeit aufleben. Trotz Wohnungsnot haben wir nun Arbeitslosigkeit auch im Baugewerbe. Da eine Sozialisierung von oben nicht zu erwarten war, leiteten die Bauarbeiter diese von unten her ein durch die Gründung von Produktionsgenossenschaften. Die erste im Bezirk Karlsruhe entstand in Pforzheim, und zwar war der direkte Anlaß hierzu die Nichtbewilligung tariflicher Forderungen der Arbeiter durch die Arbeitgeber. Es entstand spontan ein allgemeines Verlangen der Bauarbeiter nach Genossenschaften, deren Gründung allerdings nur da ratsam ist, wo die organisierte Arbeiterchaft einen erheblichen Einfluß in den Kommunalbehörden besitzt. Die Unternehmer nahmen die neue Konkurrenz anfänglich überhaupt nicht ernst und beginnen erst seit einiger Zeit die Bauarbeiterproduktionsgenossenschaften zu bekämpfen, zum Teil mit recht unsauberen Mitteln. Verschiedene Stadtverwaltungen haben schon längst die Ausbeutung durch die zusammengeschlossenen Bauunternehmer erkannt und wünschen eine Konkurrenz. Zurzeit beschäftigen die 12 Baubetriebe zusammen etwa 800 Arbeiter und haben in der kurzen Zeit ihres Unternehmens bereits für über 9 Millionen Mark Arbeiten übernommen.

Unter den 50 000 im Bezirk wohnenden baugewerblichen Arbeitern muß kräftiger als bisher für die sozialisierten Betriebe agitiert werden. Mit den Genossenschaften haben wir bisher nur gute Erfahrungen gemacht, und diese haben mancherorts ein Drittel, mitunter die Hälfte der Bautätigkeit beherrscht. Stigt und Gemeindefürer

haben mindestens 2 Millionen Mark an Baukosten gespart. Wenn es uns gelingen sollte, durch festen Zusammenschluß die Bautätigkeit ganz zu beherrschen, dann haben wir die erstrebte Sozialisierung des Baugewerbes. Sodann referierte Fischer über: „Die Geldaufbringung, Verzinsung und Rückzahlung der Darlehen“. Freiwillige Beiträge, Darlehen der Mitgliedschaften, des Verbandvorstandes und des Verbandes sozialisierter Bauunternehmungen sind die bisherigen Geldquellen der Genossenschaften. Nur in engstem Zusammenhange mit den gewerkschaftlichen Organisationen kann die Finanzfrage gelöst werden. In unsern Unternehmungen muß echter genossenschaftlicher Geist herrschen, wir wollen und dürfen keine wilden Affordkolonnen. Vielmehr soll in sozialistischer Zusammenarbeit aller Kopf- und Handarbeiter im Baugewerbe die sozialistische Theorie in die Praxis umgesetzt werden.

Die anschließende Diskussion ließ eine tiefgründige Sachkenntnis und eine große Hingabe der Delegierten für das begonnene Werk der Sozialisierung des Baugewerbes erkennen. An Hand von Beispielen wiesen verschiedene Redner darauf hin, wie die Unternehmer in ihrer nackten Gewinnsucht die Baukosten um mitunter 80 bis 100 % verteuerten. Erst seit dem ernsthaften Dazwischentreten der Bauarbeiterproduktivgenossenschaften sind die Unternehmer da und dort wieder etwas maßvoller geworden mit ihren Gewinnansprüchen. Leider erhalten die Genossenschaften der Bauarbeiter noch nicht die verdiente Unterstützung, insbesondere auch seitens staatlicher und kommunaler Behörden, wenn es sich um die Vergabe von Bauarbeiten handelt. Aus lauter „Mittelstands“-Mieterei vergibt man lieber die Arbeiten an die leueren Privatunternehmer als an die Produktivgenossenschaften der Bauarbeiter, die zumeist nicht nur wesentlich niedrigere Angebote einreichen, sondern zudem in der Regel die tüchtigsten Facharbeiter beschäftigen. Der dreimal geheiligte Profit muß eben von den bürgerlichen Gemeinde- und Staatsförperschaften zunächst geschützt werden, mag über die Gewinnsucht des Unternehmertums das Volk zugrunde gehen. Vom Genossen Postl, Karlsruhe, wurde gewünscht, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindekollegien und die Landtagsmitglieder mehr für die Bauarbeitergenossenschaften eintreten sollten.

Die Verhandlungen am Sonntagvormittag wurden ausgefüllt durch ein sachkundiges Referat des Baurats Wagner aus Berlin über „Die Gliederung des Verbandes sozialisierter Baubetriebe und die Finanzierung derselben“ und die sich hieran anschließende Diskussion. Sowohl die vortrefflichen Ausführungen des Referenten als auch die Diskussionsreden brachten eine Fülle von praktischen Anregungen für den organisatorischen und finanziellen Ausbau der sozialisierten Baubetriebe. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde zusammengefaßt in nachstehender Resolution, die einstimmige Annahme fand:

„Die am 20. und 21. November in Karlsruhe tagende Konferenz der baugewerblichen Organisationen erkennt die Notwendigkeit der strafferen Zusammenfassung der sozialisierten Baubetriebe an und stimmt daher der Gründung einer Bezirksgesellschaft nach den vom Bau Rat Dr. Wagner, Berlin, vorgelegten Entwürfen zu.

Der Ausschuß zur Gründung von sozialisierten Baubetrieben in Karlsruhe wird beauftragt, die weiteren Vorarbeiten zur Gründung der Bezirksgesellschaften in die Hand zu nehmen und in nächster Zeit die Gesellschaften zur Gründungsversammlung einzuladen.“

Lohnbewegungen.

Coblenz. Am 7. November fand eine gut besuchte Versammlung statt, die sich mit neuen Lohnforderungen beschäftigte. Einstimmig wurde beschlossen, einen entsprechenden Lohnaufschlag einzureichen mit Rücksicht auf die allgemein eingetretene und weiter steigende Teuerung. Die Verhandlungen fanden am 22. November statt. Nach längerer Aussprache wurde eine Lohnerhöhung von 1 M. vom 26. November an vereinbart, so daß der Lohn 7,20 M. beträgt.

Edin. Das mit der Maler- und Anstreicherinnung abgeschlossene Lohnabkommen vom 25. Juni hatte bis zum 1. Oktober Gültigkeit. Eine Versammlung am 14. September beauftragte die Lohnkommission, das bestehende Lohnabkommen bis 1. Januar zu verlängern. Dieser Verlängerung des Lohnabkommens wurde die Bestimmung hinzugefügt, daß auch vor dem 1. Januar 1921 eine Neuregelung der Löhne vorgenommen werden könne, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich ändern sollten. Die seit den ersten Oktoberwochen eingetretene Teuerung gab Veranlassung, neue Forderungen zu stellen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, eine Lohnsteigerung von 25 % zu fordern. Auf unsere Eingabe teilte Herr Obermeister Ahl mit, daß sich die Kölner Innung wieder dem Rheinisch-Westfälischen Innungsverband angeschlossen habe und stellte es der Organisationsleitung anheim, an den zentralen Verhandlungen in Essen teilzunehmen. Die Organisationsleitung lehnte die zentralen Verhandlungen ab, da der Kölner Tarifvertrag ein Ortsvertrags sei. Der Geschäftsführer wurde beauftragt, die Zahlstelle Bonn in Essen zu vertreten.

Der Leiter der zentralen Verhandlungen in Essen, Herr Karrenbrock, teilte im Austrage des Innungsverbandes mit, daß die bestehenden einzelnen Verträge dem Rheinisch-Westfälischen Bezirksrat eingefügt werden müßten; wenn dieses geschehe, seien sie zum Entgegenkommen bereit. Der Kölner Vertreter erhob Einspruch gegen dieses Ansinnen. Nach längeren Verhandlungen kamen die Parteien überein, daß der Vertrag für Edin bestehen bleibt und nur über die Neuverfestigung der Löhne verhandelt werden soll. Das Resultat der Verhandlungen sollte jedoch den Kölner Kollegen zur Zustimmung unterbreitet werden. Da die Arbeitgeber auf eine weitere Staffelung der Löhne bestanden, scheiterten die Verhandlungen. Die Verhandlungsteilnehmer kamen überein, den Staatskommissar um Vermittlung anzurufen.

Da der Staatskommissar für das besetzte Gebiet nicht zuständig ist, versuchte unsere Filialverwaltung nochmals, gestützt auf diese Tatsache, örtliche Verhandlungen in die Wege zu leiten. Nach anfänglichem Sträuben kamen örtliche Ver-

handlungen am 28. Oktober zustande. Die Notlage der Gehilfen, die durch die sprunghafte Teuerung eingetreten war, wurde von den Arbeitgebern unumwunden anerkannt. Sie machten den Vorschlag, eine Zulage von 50 % auf die bestehenden Löhne zu bewilligen; weitere 25 % Zulage pro Gehilfe sollen in eine Rente fließen und als Kopfszulage im Wege der Umlage verrechnet werden. Die Arbeitgeber begründeten die soziale Zulage damit, daß unter den unnormalen Verhältnissen es den verheirateten Gehilfen nicht möglich sei, auszukommen, und die Ledigen zuviel verdienen und die Mehrzahl das Geld leichtsinnig verprascht. Wir machten unsere Bedenken gegen diese soziale Entlohnung scharf geltend. Diese Frage müßte erst von den Gehilfen eingehend beraten werden. Auch reichte eine so tief einschneidende Frage über das Lohngebiet Edin hinaus. Die Information der Zentralleitung sei ebenfalls notwendig. Die Arbeitgeber bezeichneten ihr Angebot als letztes Wort. Um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, wurde vereinbart, den Mitgliedern über das Angebot Bericht zu erstatten.

Eine Vertrauensmännerkonferenz, die sich mit dieser Frage beschäftigte, lehnte einstimmig die soziale Entlohnung ab und beauftragte die Kommission, der Innung den Vorschlag zu machen, die Löhne der Gehilfen über 20 Jahre um 80 % und die unter 20 Jahren um 70 % pro Stunde zu erhöhen. Eine Innungsverammlung lehnte diesen Vorschlag ab und beschloß, ab 5. November den Gehilfen über 20 Jahre 75 % und den Gehilfen unter 20 Jahren 65 % Zulage pro Stunde zu gewähren. Mit dieser Zulage werden die Löhne der Bauarbeiter erreicht. Beide Parteien haben sich seit dem letzten Streit 1919 auf diesen Standpunkt festgelegt. Die Arbeitgeber erklären: Keinen Pfennig mehr als die Bauarbeiter! Gleichzeitig wird uns als Beschluß der Innungsverammlung mitgeteilt, daß in Zukunft nicht mehr örtlich verhandelt werden soll und wir uns dieserhalb an den Rheinisch-Westfälischen Innungsverband wenden sollen.

Eine Mitgliederversammlung am 11. November nahm zu dem Angebot der Innung Stellung und nahm es nach längerer Aussprache an. Es wurde beschlossen, an dem bestehenden Ortsvertrag festzuhalten und somit ebenfalls an die örtliche Regelung der Löhne. Durch das neue Lohnabkommen betragen die Mindestlöhne für Gehilfen über 20 Jahre 7,28 M. und für Gehilfen unter 20 Jahren 6,98 M. Das Abkommen hat Gültigkeit bis 1. Januar 1921. Da die Arbeitgeber des uneren Kreises Solingen den Tarifvertrag von Edin anerkannt haben, wurden die dortigen Meister durch Rundschreiben von der Neuverfestigung der Löhne in Kenntnis gesetzt. Soweit wir feststellen konnten, werden die neuen Löhne überall gezahlt.

Lackierer.

Bremen. Die Lohnbewegung der Lackierer auf den Bremer Karosseriewerken, vormals Louis Gaeriner N.-W., wurde durch Verhandlungen nach dreitägigem Streit beendet. Nachdem die Direktion am 19. November zunächst nur 15 % pro Stunde zugestehen wollte, verlangten unsere Kollegen, die ihre Forderung auf 50 % ermäßigt hatten, bis zum 19. November, abends, Antwort von der Direktion, ob diese Forderung bewilligt werde oder nicht, widrigenfalls die Lackierer am nächsten Tage die Arbeit nicht mehr aufnehmen würden. Die Direktion machte wohl weitere Zugeständnisse, aber nicht im Sinne unserer Kollegen, so daß am nächsten Morgen keiner im Betriebe erschien. Inzwischen war die Forderung auf die übrige Arbeiterschaft des Betriebes ausgebeutet. Am Montag, 22. November, wurde durch Verhandlung zwischen Arbeiterrat und Direktion der letzteren weitere Zugeständnisse abgerungen, so daß im allgemeinen 40 % pro Stunde als Lohnerhöhung bewilligt wurden und eine schnelle Regelung der Akkordpreise versprochen wurde. Nur durch das geschlossene Handeln unserer Kollegen wurde diese Bewegung nach dreitägiger Arbeitsniederlegung beendet.

Edin. Die Arbeiter der Firma v. d. Hopen, Waggonfabrik, Deuz und die Arbeiter der Gasmotorenfabrik, Deuz, sind am 20. November in den Ausstand getreten. Von uns kommen 230 Kollegen in Frage. Angelegte Verhandlungen unter Leitung des Herrn Regierungspräsidenten führten zu keinem Ergebnis, da die Arbeitgeber die Wiederaufnahme der Arbeit verlangten, bevor sie zu Zugeständnissen bereit sind. Die Forderung lautet auf 1 M. Zuschlag zu den bestehenden Löhnen. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses lautete auf 80 % Zuschlag. Der Schiedspruch ist von beiden Parteien abgelehnt worden.

Worms. Die in der Möbelindustrie beschäftigten Lackierer machten gemeinschaftlich mit den Holzarbeitern einen Vorstoß wegen Lohnerhöhung. In der am 19. November vor dem Schlichtungsausschuß stattgefundenen Verhandlung wurden Lohnerhöhungen von 75 bis 85 % erreicht. Der Höchstlohn beträgt nunmehr 5,75 M.

Dalsheim bei Worms. In der Möbelfabrik von Merkel stehen die Lackierer und Holzarbeiter erneut im Abwehrkampf. Vordem hatte schon eine Arbeitseinstellung im Oktober stattgefunden und nahm man nach Wiederaufnahme der Arbeit an, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten möglich sei, aber weit gefehlt. Herr Merkel will eben den Herrn im-Hause-Standpunkt nicht aufgeben. Er hängte erneut Lohnverschlechterungen in seinem Betriebe aus; unter anderem soll die Arbeitszeit pro Tag 9 Stunden betragen, was die gesamte Arbeiterschaft einstimmig ablehnte. Öffentlich gelangt es, diesen Herrn auch bald zur Anerkennung der Organisation sowie des Tarifvertrages zu zwingen. Vor Zugung wird gewarnt!

Aus unserm Beruf.

Kiel. (Situationsbericht.) In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde vom Kassierer der Rassen- und Vierteljahresbericht gegeben. Diesem ist zu entnehmen, daß, wie in den vorhergehenden Quartalen, auch im dritten Quartal von einer guten Konjunktur nicht berichtet werden kann. War die Arbeitslosigkeit auch keine besonders große, so muß hierbei in Betracht gezogen werden, daß eine große Zahl Kollegen nicht im Beruf tätig ist und vorderhand auch wohl nicht daran denken kann, im Berufe wieder Beschäftigung zu finden. Um im weiteren Bericht nicht noch einmal auf die Arbeitslosigkeit zurückkommen zu

müssen, muß festgestellt werden, daß die Arbeitslosigkeit in den letzten beiden Wochen ganz erheblich zugenommen hat. Wohl alle Kollegen werden sich die dringende Frage vorgelegt haben: Wie lange werde ich das Los der Arbeitslosigkeit zu tragen haben und nicht für meine Familie ausreichend sorgen können? Sonst kann im allgemeinen der Rassen- und Mitgliederbestand als günstig bezeichnet werden. Trotz der nicht geringen Ausgaben war es möglich, den Kassenbestand von 18 457,18 M. auf 22 102,19 M. zu steigern. Dazu kommt noch ein Guthaben bei der Hauptkasse von 2724,84 M. Diese Ueberschüsse müssen aber auch notwendig gemacht werden, ja, sie genügen noch gar nicht um allen Verpflichtungen entsprechen zu können. Da die Preissteigerung noch immer wesentlich beschränkt ist, war inklusive 27 Neuaufnahmen auch nur eine Mitgliederzunahme von 78 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug insgesamt 68 Mitglieder. Der Mitgliederbestand vom zweiten Quartal konnte also erhalten bleiben, ja, noch eine geringe Zunahme an Mitgliedern erzielt werden. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des dritten Quartals 867, nach 18 Wochenbeiträgen betragen 8 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge zu streichen, so kann doch die Beitragszahlung eine günstige genannt werden. Es entfallen inklusive der beitragsfreien Marken auf jedes Mitglied 18,06 Mark. Wegen über dem dritten Quartal 1919 bedeutet dies eine Steigerung von 0,81 Beiträgen auf jedes Mitglied. Daß dieses günstige Ergebnis erzielt werden konnte, liegt vor allem an dem Pflichtenbewußtsein der Mitglieder selbst, zum andern aber auch an den Hauskassierern, die ihre übernommene Tätigkeit ernst genommen haben. Wenn auch fernerhin eine regelmäßige Buchkontrolle auf den Arbeitsplätzen stattfindet und die Hauskassierer in ihrem bewiesenen Eifer nicht erlahmen, werden wir in Zukunft nicht nötig haben, wie es jetzt noch geschehen mußte, 0,80 rückständige Beiträge auf die Mitglieder verrechnen zu müssen. Was zu wünschen übrig ließ, war der Besuch der Mitgliederversammlungen. Diesem Mangel abzuwehren, muß Sache jedes einzelnen Kollegen selbst sein. Unter keinen Umständen können wir uns damit zufrieden geben, nur Mitglieder zu werden, sondern die vorhandenen Mitglieder müssen geschult, motiviert und diszipliniert werden. Mit einer unbeschränkten Mitgliederzahl können keine Erfolge erzielt werden. Um aufklärend zu wirken, ist ja überall Gelegenheit vorhanden, vor allem aber müssen die Versammlungen besucht werden. Erfreulicherweise ist in Kiel, wie auch in unsern angeschlossenen Zahlstellen eine Lohnerhöhung, wenn auch nur eine geringe, überall in Erscheinung getreten, teils durch zentrale, teils durch örtliche Verhandlungen und Vereinbarungen. Haben wir jetzt auch eine sogenannte tote Zeit vor uns liegen, so muß doch unablässig eine rege Agitation weiter betrieben werden. Der letzte unorganisierte Kollege muß als Mitglied gewonnen werden, dann wird am Vorwärtstommen uns niemand hindern können.

Eingefandt.

Opposition mit und ohne Grund!

Was soll die Opposition in unserer Gewerkschaft tun? Im jeden Preis Opposition machen? Nein! Sie hat wichtigere und viel schwierigere Aufgaben zu erfüllen innerhalb der Organisation; denn sie soll dort Grundzüge vertreten und klare Wege zeigen, wie die Grundzüge verwirklicht werden können. Das ist viel schwerer, als um jeden Preis Opposition zu machen.

Opposition heißt sich negativ verhalten, und sich dem entgegenstemmen, was sie ändern tun. Aber es genügt nicht, etwas zu verhindern; wir müssen an Stelle des Abzuwehrenden selbst etwas Besseres vorschlagen. Und daran hat es stets gefehlt. Es wurde stets Opposition gemacht, aber es wurden keine Wege gezeigt, wie man es anders und besser machen kann, und eine solche Opposition ist ungesund. Unter Umständen ist es vielleicht auch ein Verdienst, wenn die Opposition eine Dummheit verhindert. Aber das Nichtstun bringt die Bewegung nicht vorwärts. Opposition ist so ziemlich bequem, weil eine Gewerkschaftsleitung mit den verschiedensten Strömungen in ihren Mitgliederkreisen zu rechnen hat. Und weil zur Opposition sich diese verschiedenen Strömungen aus ganz verschiedenen Beweggründen zusammenfinden, können sie der Mitglieder-mehrheit oder Filialleitung unbequem werden. Es gibt sogar Leute, die es für eine „nützliche“ Opposition halten, wenn sie den einzelnen Verwaltungsmittgliedern alle möglichen Schwierigkeiten machen, ihnen ein Bein stellen, um sie darüber stolpern zu lassen. Aber noch schlimmer ist es, wenn ein Oppositionsmann, der immer gegen die Linie der Gewerkschaften und gegen die Gewerkschaftsbureautratie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gewettert hat, an eine führende Stelle kommt, seinen Oppositionsgeist vergräbt, und alles, was er früher den andern stets bornhart, jetzt selbst in erhöhtem Maße betreibt. (So mancher Saulus ist zu einem Paulus geworden. Kollegen, die früher nicht aktiv am Verbandsleben beteiligt waren, sind viel leichter zum Opponenten bereit als die Kollegen, die kräftig mitarbeiten und aus eigener Erfahrung die Schwierigkeiten kennen, die zu beseitigen sind. D. Red.) Wenn wir Opposition treiben wollen, dann müssen wir auch Grundzüge vertreten, die Mitglieder in den Gewerkschaften aufreithen und praktische Vorschläge machen, bis wir unser Ziel erreichen.

Kürzlich erklärte ein Oppositionsredner, er lehne es ab, der Leitung seine Gedanken zur Verfügung zu stellen, da die Leitung diese Gedanken nachher als die ihrigen ausgeben. Diese Auffassung ist falsch; die Opposition hat allerdings die Aufgabe, ihre Gedanken und Kräfte der Arbeiterbewegung zur Verfügung zu stellen, und sie nicht bloß hinterher leuchten zu lassen, nachdem die Filialleitung etwas verjagt hat.

Da zeigt sich oft ein großer Widerspruch. Wenn man auf der einen Seite sagt, daß die Angestellten nur ausführende Organe sein sollen, müssen die Mitglieder selbst denken und leiten. Wo letzteres nicht genügend geschieht, werden die Angestellten auch geistig herrschen. Von einem Mangel an Anregungen innerhalb der Gewerkschaften kann keine Rede sein. Da ist zum Beispiel die

Arbeitsgemeinschaften. Beschlechte Gewerkschaften haben sie bereits abgelehnt. Wo das noch nicht geschehen ist, muß das die Opposition beantragen; auch muß eine klare Haltung zum nächsten Verbandstag einbestanden werden. Mehrere Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß die Betriebsräte nicht nur zu Lohn- und Arbeitszeitfragen Stellung nehmen sollen, sondern auch betreffen, die Produktionskontrolle zu übernehmen. Aber dies alles kann nur durchgeführt werden, wenn die Opposition nicht nur Opposition macht, sondern wenn sie mit praktischen Vorschlägen hervortritt und versucht, die selben sachlich zu begründen. Eine Opposition gegen die Gewerkschaftsbeamten zu betreiben, um lediglich mit der Zeit selbst deren Köpfe zu besetzen, ist gewisslos. Also: Opposition muß sein, nicht bloß gegen die Beamten, sondern auch gegen die Mitglieder selbst; denn gerade diese begehen in der heutigen traurigen Zeit so viele Fehler, daß es über nicht mehr geht. (Siehe Firma Kroll & Mat.)
W a i b e l, Stuttgart.

Auf das Eingefandt im „Vereins-Anzeiger“ Nr. 47 hin muß ich bedauern, daß einzelne Kollegen sich von Fachfragen nicht viel versprechen. In Solingen haben wir mit der Malerinnung einen Fachkursus errichtet, und mit großer Liebe nahmen von 70 organisierten Kollegen 54 daran teil, ferner 4 Lehrlinge und 6 Meisterkinder. Wir machten sogar eine ganze Anzahl Schüler zurückwissen, weil nur 3 Klassen vorhanden, auch die Räumlichkeiten sehr knapp sind. Eine große Teilnehmerzahl wünscht auch, daß jede Klasse meistens von 20 bis 25 Schülern besucht würde, damit jeder etwas lerne. Die Notwendigkeit bestätigt auch der Fachlehrer. Unterricht wird erteilt in einer Klasse Holz- und Möbelmaler, in der anderen Klasse Malen nach der Natur, Schrift- und Dekorationsmalerei, und zwar 2 Abende und einen Nachmittag für jede Klasse. Der Unterricht befindet sich auf einem Fachlehrer, einem Holz- und Möbelmaler und einem Dekorationsmaler. Die Kosten sind auf 60 M pro Teilnehmer festgesetzt. Die Einrichtung wurde von der hiesigen Malerinnung besorgt, weil diese selbst für gute Kräfte Interesse hat; aber auch unsere Organisation hat sehr vieles dazu beigetragen, daß diese Kurse zustande kamen. Bewußt muß vorher die nötige Aufklärung in der Kollegenkreise gegeben werden, dann ist auch etwas zu erreichen. Es ist in Solingen das erste Mal, daß ein solcher Fachunterricht errichtet wurde. Zu begrüßen ist es, daß hier gerade die jüngeren Kollegen daran teilnehmen; diese sind es doch gerade, die dazu berufen sind, unsern Beruf wieder zu heben. Wir haben im Kriege gerade genug verlernt und verlernt. Mögen nur überall unsere Verbandskollegen kräftig eingreifen und den Mut nicht gleich verlieren, dann muß es vorwärtsgehen.
P a u l J o s t, Solingen.

Mit regem Interesse habe ich im „Vereins-Anzeiger“, Nr. 49, den Artikel von der Lohnbewegung in den Kölner Kunstfigurenfabriken gelesen, und es fiel mir auf, daß die Lohnbewegung von 4 Verbänden geführt werden mußte; dies kann unmöglich für die Kollegenschaft von Vorteil sein. Wenn auch in dieser Verfassungsphase in München das Organisationsverhältnis leider noch nicht so ist, wie es sein könnte, so ist doch ein gesundes Verhältnis zu verzeichnen, weil die Kollegenschaft überwiegend unserm Malerverband angehört, und wir können deshalb den Unannehmlichkeiten gegenüber anders operieren, als wenn wir gescheitert wären. Unsere letzte Lohnverhandlung wurde fast gleichzeitig mit der der Buchdrucker abgeschlossen und unsere Löhne passen sich denen der Buchdrucker an. Wenn man bedenkt, daß in diesen Betrieben die Organisation erst 1919 Fuß fassen konnte, so brauchen wir uns mit dem Ergebnis nicht zu tadeln. Ende September hat der Verband der Porzellanarbeiter für seine Mitglieder Löhne abgeschlossen, die nicht gerade imponierend sind und den Zeitverhältnissen durchaus nicht Rechnung tragen, so beispielsweise für Facharbeiter über 24 Jahre in Berlin 2,92 M bis 4,54 M, die Löhne der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen sind noch niedriger. (Siehe „Ameise“, Nr. 41, vom 8. September 1920.) Da erinnere ich mich so sehr bei Niederschrift der „Ameise“, Verbandsorgan der Porzellanarbeiter und verwandter Berufe: „Immer strebe zum Gelingen, und kannst Du selber kein Ganges werden, als dienendes Glied schließe an ein Ganzes Dich an!“
I ch hätte schon manchmal gewünscht, daß die Porzellanarbeiter, sowie besonders die Arbeiterchaft der Figurengeschäfte diesem Wahlprüfungs mehr huldigen würden. Wie in München haben diesen Wahlprüfungs befolgt und haben uns dem Malerverband angeschlossen, beglücklichen die Münchener Schriftmaler, entgegen der Berliner Schriftmalern, und wir kommen vorwärts. Möchte die Kollegenschaft der Kölner Figurenfabriken ebenfalls diesem Wahlprüfungs huldigen, dann könnten bald Provinz- und Landesstarke abgeschlossen werden und so der Grundstein für einen Reichstarif gelegt werden.
H e i n r i c h S i m o n, München.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Arbeitgeber im Malergewerbe auf dem Kriegsschauplatz. Auf dem 16. Verbandstag des Süddeutschen Malermeisterverbandes in Ingolstadt ging Herr Malermeister Gustav Staiger den Gehilfengemeinschaften und den Meistern über die Lage mit einem Referat zu. Der am Schluß des Berichtes in Nummer 28 der „Süddeutschen Malerzeitung“ verzeichnete reiche Beifall zeigt, daß der Vortragende wie auch die Zuhörer dem „Mittelstand“ angehören, der allem Fortschritt abgeneigt ist, und der darauf hält, daß Ruhe und Ordnung im Gemeinwesen herrscht. Die Genossenschaften sind der Pfahl im Fleische unserer Handwerksmeister; denn bei Lohnforderungen sind sie die ersten, die bewilligen. Geben die Meister nicht gleich nach, wird ein Streik über eine Aussperrung inszeniert, in der Genossenschaft wird weitergearbeitet, und diese nimmt den ehrsüchtigen Meistern die Arbeit weg. Ganz besonders aber trifft das auf unsere Malergemeinschaft in Nürnberg zu; diese hat Herr St. entstehen, wachsen und gedeihen sehen. Nach der großen Aussperrung im Jahre 1918, die angeblich von den Süddeutschen nicht gewünscht war, haben gute Gehilfen durch

keine Anteilnahme das Betriebskapital aufgebracht, wo dann der übermächtige Geschäftsmann nicht in die Tasche des Unternehmers geht, sondern mehrere daran beteiligt sind. Damit haben natürlich diese guten Gehilfen die Ruhe gebrochen, indem sie sich gegen die künstlich hervorgerufene Unsicherheit in der Erwerbsmöglichkeit und gegen Unternehmerrückwärtsrichten. Durch die Zeit aber haben sie bewiesen, daß es sehr gut ohne die überflüssigen Handwerksmeister geht, denen noch heute Streik um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und Aussperrung zur Sprengung der Arbeiterorganisation ein und dasselbe ist. Die Jeremiade über die Bevorzugung der Genossenschaft durch den blutroten Stadtrat, über die Zurückweisung von Arbeiten aus reiner Parteilichkeit, würde bei einer recht ernsthaften Prüfung wohl kaum wieder in der Form noch dem Inhalt nach aufrechterhalten werden. Intenualen in früheren Jahren gewisse Geschäfte ein Privilegium für kommunale Arbeiten zu haben schienen. Das Geld für die Gemeinde wird von der Allgemeinheit aufgebracht, ruft Herr St. mit Emphase aus, und sein Standpunkt glauben, es für sich allein in Anspruch nehmen zu dürfen. Also es dürfen doch auch nicht ein oder zwei Malermeister den Mehrerwerb von circa 30 Gehilfen in die Tasche stecken.

Ein Artikel des „Vereins-Anzeiger“ über die Aufgaben der Betriebsräte wird in demselben Referat als Antrieb zur Vergewaltigung, als Hauptmittel bezeichnet. Nicht auf geradem Wege, sondern hinten herum solle versucht werden, im Moment der Besitzergreifung der politischen Macht durch das Proletariat die Fortführung der Produktion zu ermöglichen. Mit Schaudern wird zugegeben, daß die Gleichmacheri sogar schon Malermeister ergriffen hätte. Das Malergewerbe als ausgesprochenes Kleingewerbe hat es ganz sicher einer Anzahl von Selbständigen und Selbständigemwollenden schon zur Genüge klargemacht, daß diese Zwergbetriebe selbst im kapitalistischen Weltalter eine recht rückständige Produktionsform, eine schädliche Zersplitterung der Kräfte und eine Vergeudung von Materialen darstellt; demgegenüber ist die Zusammenfassung in Produktionsgenossenschaften ein viel vollkommeneres System, das freie Bahn allen Tüchtigen gewährt. Der Handwerksbetrieb leistet der Entwicklung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Berufangehörigen doch soviel Widerstand, daß ein Gribben aus den Fesseln der alten Betriebsweise von allem aufstrebendem Nachwuchs als größtes Wohltat angesehen werden wird.

Die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften können selbst diese Gegner nicht ableugnen. Nicht einfach und bequem argumentiert man, daß es nur am schlechten Willen und der Ungenauigkeit der Gehilfen liegt, wenn auch größere Geschäfte die Ausführung von Arbeiten ab und zu nicht so genau vornehmen. Natürlich sind nur die bösen Gehilfen daran interessiert, mal einen Anstrich zu sparen, damit sie auf der anderen Seite den immer höheren, bis ins Unantastliche steigenden Leistungsanforderungen ihrer Arbeitgeber genügen. Dies erinnert denn doch allzu sehr an den bekannten Epithubentrich, selbst am lautesten „Haltet den Dieb“ mitzurufen. Der Gedanke der Sozialisierung besteht solange es eine moderne Arbeiterbewegung gibt, und auch wir Malergehilfen werden nicht zucken, sondern an der Seite der gesamten Arbeiterschaft kämpfen, bis das Ziel, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, erreicht ist.
Auf einer Konferenz des 7. Bezirks äußerte vor Jahren ein Kollege, daß der Fortschritt in Ingolstadt schwer Eingang finde, da so viele Festungsmauern die Stadt umgeben. Die Festungsmauern sind gefallen; immer noch aber suchen Rückwärtler vergebens hinter den Krümmern Schutz. Wer rastet, rottet; das ist längst überholt; wer nicht vorwärts geht, geht zurück.

Niederländischer Malerbund. Unter diesem Namen ist in Hannover wieder ein neuer Verband von Malermeistern gegründet worden mit dem Sitz in Hannover, von dem man erhofft, daß ihm die Arbeitgeber des Malergewerbes in Hannover und Braunschweig beitreten. Der Bund will neben der Verfolgung wirtschaftlicher Ziele vor allem kulturelle Aufgaben des Malergewerbes zu lösen suchen. Er will seinen Mitgliedern Anregung in künstlerischem Sinne zur Fortentwicklung ihres Gewerbes geben unter Berücksichtigung der niederländischen Eigenart. Dem Bund für das deutsche Malergewerbe will er sich anschließen.

Baugewerbliches.

Die Lage des Baumarktes im Oktober zeigt nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ nur vereinzelte Anzeichen einer Verringerung gegenüber dem Vormonat. Die Tatsache schon allein, daß zwei Verbände, die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe und der Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaft, sich mit Mahnrufen an die Öffentlichkeit wandten, ist Kennzeichen für die schweren Fragen, vor die das Baugewerbe gestellt ist; es sind Probleme, die im Septemberbericht der Leipziger Zeitschrift „Baumaterialienmarkt“ an das „Reichsarbeitsblatt“ dahin gekennzeichnet werden, daß der Baumarkt nach wie vor an dem Mangel an Baugeld krank und die Stodung ihre Hauptursache in dem Ausbleiben weiterer staatlicher Zuschüsse habe. Dem Baumarkt kann nur dadurch geholfen werden, daß die Frage der Beschaffung ausreichender Geldmittel gelöst wird und daß ein Preisabbau für die gesamten Baukosten eintritt, der auch dem Privatpublikum die Inangriffnahme von Bauten wieder ermöglicht. Erfolgreicherweise zeigt sich, daß man die Frage der Geldbeschaffung neuerdings mit Nachdruck und von den verschiedensten Stellen aus betreibt, so daß ein gewisser Erfolg dieser Bemühungen erwartet werden darf. In Betracht kommt unter anderem auch die Verwendung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für Baugewerbe. Etwas könnte zur Belebung der Bautätigkeit auch die Aufhebung des Verbots von Luxusbauten beitragen. Nachdem an Baustoffen aller Art infolge der diesjährigen Dauruhe kein Mangel herrscht, dürfte kein triftiger Grund für das Verbot mehr bestehen. Wenn auch durch Luxusbauten die Wohnungsnot nur in kleinem Maße mit behoben wird, so werden doch durch die Errichtung derartiger Bauten eine Menge Arbeitskräfte beschäftigt. In Hessen ist denn auch bereits das Verbot der Errichtung von Luxusbauten auf-

gehoben worden.“ Für Mitteldeutschland wird erfreulicherweise eine sichtbare Belebung der privaten Bautätigkeit, die namentlich auch auf dem platten Lande der mitteldeutschen Bezirke die Schaffung verhältnismäßig reichlicher neuer Wohnungen zur Folge hat, festgestellt. Nach Zeitungsangaben ist in Thüringen die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe stark zurückgegangen. Auch im Braunkohlen- und Erdölrevier sind, wie die „Tonindustrie-Zeitung“ berichtet, umfangreiche Wohnhausbauten in Angriff genommen worden. In der Provinz Ostpreußen waren während des Krieges rund 41 400 Gebäude völlig zerstört worden. Der Wiederaufbau soll sich auf etwa 88 000 Gebäude erstrecken. Bis Ende des laufenden Jahres werden nach Fertigstellung der „Tonindustrie-Zeitung“ etwas über 26 000 Gebäude wieder aufgebaut sein, so daß für das nächste Jahr noch etwa 62 000 Gebäude zu erstellen sein würden. Das Haupthindernis für die beschleunigte Fertigstellung des Aufbaues war die außerordentliche Knappheit an Baustoffen, insbesondere der empfindliche Mangel an Dachpflannen, wie an Ziegeleerzeugnissen überhaupt, ferner die Knappheit des Holzes, Zementes, Kalkes usw. Die besondern Berichte der „Tonindustrie-Zeitung“ an das „Reichsarbeitsblatt“ weisen darauf hin, daß der ostdeutsche Baumarkt ein etwas erfreulicheres Bild als der Süd- und Westdeutschlands bietet. Besonders gilt dies für Ost- und Westpreußen, soweit sie deutsch geblieben sind, während Schlesien verhältnismäßig still lag. Hier ruhte die private Bautätigkeit zum großen Teile. In Meuthen hat sich die Beschäftigung durch Ausführung von Betriebsbauten etwas gehoben, auch Siedlungsbauten sind in Angriff genommen worden. Im Gumbinner Kreise war der private Bau lebhafter als die öffentliche Bautätigkeit. Der Bau lag in Nord- und Mitteldeutschland im allgemeinen still. Allerdings machten sich in einigen Gebieten, wie in Dresden, Holzminnen, Sameln und im südwestlichen Holstein, durch das Eingreifen von Großbanken und Großindustriellen Anzeichen einer Wiederbelebung bemerkbar. In Westdeutschland ruhte, abgesehen von dem Gebiete um Anna, die Bautätigkeit geradezu vollkommen. Nur hier und da wurden noch einige öffentliche Bauten fertiggestellt. Auch mit der Ausführung von Ausbesserungsarbeiten hält man zurück. Die Aussichten für das nächste Jahr werden im allgemeinen als wenig erfreulich geschildert; die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse unterdrücken die Bautätigkeit fast überall völlig. Öffentliche Bauten und Siedlungsbauten wurden im Rohbau noch fertiggestellt, im übrigen aber nur Ausbesserungsarbeiten in Angriff genommen. Lediglich in München setzte eine Wiederbelebung in geringem Umfang ein.

Gewerkschaftliches.

August Bringmann †. Der langjährige Schriftleiter des „Zimmerer“, Genosse August Bringmann, ist am 28. November nach kurzer Krankheit gestorben. Mit ihm scheidet einer der verdienstvollsten Kämpfer um die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung dahin. Ganz besonders schwer wird der deutsche Zimmererverband, der der unermesslichen Kraft seines August Bringmann viel zu danken hat, betroffen. Schon bevor Bringmann 1891 nach Hamburg in das Zentralbureau berufen wurde, war er der Führer seiner Verbandskollegen in Galbe, Uckermarken, Magdeburg und Quedlinburg. 1893 übernahm er die Leitung des Verbandsorgans „Der Zimmerer“, bis ihm nun der Tod die Feder aus der Hand genommen hat. Allgemein bekannt geworden ist seine in 2 Bänden erschienene „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“, die zum ersten Male auch eine zusammenfassende Darstellung der deutschen Gewerkschaftsbewegung brachte und für viele spätere Geschichtsschreiber eine Fundgrube historischer Vorgänge war. Vorbildlich für viele Werke ähnlicher Art sind auch seine „Praktischen Winde“ geworden. Nun hat der Tod dem müden Kämpfer unerwartet ein schnelles Ziel gesetzt. Außer dem Zentralverband der Zimmerer werden auch alle übrigen Gewerkschafts- und Parteigenossen dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren; denn allzeit hat er seine volle Kraft eingesetzt für den Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung.

Gegen die Zersplitterung. In letzter Zeit mehrten sich die von einer gewissen Seite beruht ausgebreiteten Verleumdungen und Verdächtigungen. Die Träger des kapitalistischen Systems wissen, daß die Unigelt die Wurzel der Kraft des Proletariats ist; deshalb kennen diese kein höheres Ziel, als die bestehende einheitliche Gewerkschaftsorganisation zu zersplittern. Sie bläsen mit vollen Waden in das von ihnen mit Verleumdungen und Verdächtigungen angezündete kleine Feuerchen; denn je uneiniger die Arbeiterchaft, um so sicherer und fester steht die Macht des Kapitalismus. Deshalb muß den Zersplitterern unerbittlich heimgelehrt werden; die Aktion dieser Arbeiterverräter muß mit den schärfsten Mitteln im Reimeerstickt werden.

Sehr gern wird von den Zersplitterern die Jugend aufgeführt. Sie hoffen, daß die Jugend in ihrem Feuergeist wilden, phantastischen Plänen eher zugeneigt ist. Durch radikale Reden werden die Jugendlichen aus den Organisationen gelockt zur Freude der Reaktionäre. Vereinzelt sind wir nicht, vereinigt riefenstark. Darum wahr die Geschlossenheit der Organisation.

Der Reichstarifvertrag für das deutsche Holzgewerbe, der am 8. Februar 1920 abgeschlossen wurde, gilt bis zum 15. Februar 1921 und läuft ein Jahr weiter, wenn er nicht bis zum 15. November 1920 gekündigt wurde. Um sich über die zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen, hatte der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes auf den 8. November eine Konferenz einberufen, an der außer den Bauvorstehern die Vertreter von mehr als 150 Vertragsorten teilnahmen. Die Konferenz kam nun überein, daß jetzt in

